

Elisabeth Jeggle

Ihre Stimme in Europa



Infobrief aus Straßburg 14. - 17. Januar 2013

Indien: Vergewaltigungen auf das Schärfste verurteilt

Nach den jüngsten Vergewaltigungen und dem Tod einer jungen Studentin in Indien, verabschiedete das Europäische Parlament als Reaktion darauf am gestrigen Donnerstag eine Resolution. Meine EVP-Fraktion beauftragte mich, eine fraktionsübergreifende Resolution zu Gewalt gegen Frauen in Indien auszuarbeiten, die mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde.

Ein Land, das die größte Demokratie der Welt ist und wirtschaftlich mehr und mehr an Bedeutung gewinnt, muss nach derartigen Vorfällen Maßnahmen zur Aufklärung und Verhinderung solcher Verbrechen



ergreifen. Eine derart Frauen verachtende Tat darf meiner Meinung nach nicht

hingenommen und grundsätzlich alle Formen sexueller Gewalt müssen unter Strafe gestellt werden. Allerdings lehnt das Europäische Parlament die

Todesstrafe ab. Sie widerspricht dem Grundsatz der Achtung von Menschenrechten sowie dem Grundsatz eines rechtsstaatlichen Systems. Zusätzliche Informationen finden Sie auf meiner [Homepage](#) sowie auf den [Seiten](#) des Europäischen Parlaments.

Weiterführung der Verhandlungen mit Mercosur-Staaten

Nach der Zustimmung des Parlaments zu den Handelsabkommen mit Peru, Kolumbien und Zentralamerika wollen wir die Beziehungen zu

weiteren Ländern in Südamerika, insbesondere dem MERCOSUR¹ ebenfalls vertiefen. Zum MERCOSUR gehört mit Brasilien eine sehr dynamische und wachsende Volkswirtschaft, die wir nicht aus den Augen verlieren sollten. Für die EU stellt das angestrebte Handelsabkommen mit dem MERCOSUR ein gewaltiges Entwicklungspotenzial dar. Das Europaparlament sprach sich in einer Resolution mehrheitlich für die Fortführung der Verhandlungen aus; allerdings nicht ohne klare Vorgaben.

Als Voraussetzung für einen intensiven politischen und wirtschaftlichen Austausch sehe ich die Einhaltung von klaren "Spielregeln", wie die Wahrung von demokratischen und rechtstaatlichen Prinzipien, Menschenrechten sowie von Umwelt- und Sozialstandards. Wir fordern von den lateinamerikanischen Staaten zudem einheitliche Normen für den Export ihrer Produkte. Insbesondere landwirtschaftliche Erzeugnisse müssen unseren hohen europäischen Produktionsstandards hinsichtlich u.a. Lebensmittelsicherheit, Tierschutz, Hygienestandards entsprechen.

Gleichwohl sehe ich es als wichtig an, einen bindenden rechtlichen Rahmen mit dem MERCOSUR auszuarbeiten. Dies ist aus Wettbewerbsgründen und in Hinblick auf aufstrebende Nationen wie China von besonderer Wichtigkeit. China ist, nach den USA und der EU, der drittgrößte Handelspartner lateinamerikanischer Staaten. Erst im Sommer



vergangenen Jahres hatte China einen Versuch unternommen, ein Freihandelsabkommen mit MERCOSUR zu schließen.

Dieser Vorstoß Chinas ist jedoch gescheitert. Unter anderem ist dies auf die mangelnde Berechenbarkeit Chinas zurückzuführen, wie zum Beispiel die Firmenübernahmen in

Peru oder die Nichtachtung von Umwelt- und Arbeiterschutzstandards zeigten. Europa genießt in Südamerika den Ruf eines verlässlichen Partners. Diesem sollten wir gerecht werden und durch ein Handelsabkommen unser gegenseitiges Potential nachhaltig fördern. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

CDU/CSU mobilisiert Europaabgeordnete gegen Stabilitätsbonds

Bei der Abstimmung am Mittwoch über eine potentielle Einführung von Stabilitätsbonds in der EU, ist es der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament gelungen, eine unerwartet große Anzahl an Kollegen aus anderen Ländern gegen diesen Vorschlag zu mobilisieren.

¹ Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela

Auch wenn sich das Parlament mit einer knappen Mehrheit von 361 Für-, 268 Gegenstimmen sowie 33 Enthaltungen für eine generelle Einführung von Stabilitätsbonds ausgesprochen hat, konnten wir als CDU/CSU-Gruppe ein tolles Ergebnis erreichen, wofür wir hart gearbeitet haben. Besonders hervorzuheben ist, dass uns bei der Abstimmung die französische und polnische Delegation sowie einzelne weitere Abgeordnete aus anderen Ländern zur Seite standen.

Der Beschluss zieht noch keine direkten Folgen nach sich, fordert die Europäische Kommission jedoch auf, möglichst zeitnah einen konkreten Gesetzesvorschlag zur Einführung von Stabilitätsbonds auszuarbeiten. Genau an diesem Punkt müssen wir weiterarbeiten und weitere Überzeugungsarbeit leisten. Zunächst einmal wollen wir aber den Kommissionsvorschlag abwarten, um danach auszuloten, wie wir uns als Europäisches Parlament positionieren.

Da Stabilitätsbonds unter anderem eine Vergemeinschaftung von Schulden in der EU erlauben würden, wehren sich die Europaabgeordneten von CDU/CSU und FDP entschieden gegen diese Maßnahme. Eurobonds, auch wenn man sie Stabilitätsbonds nennt, mit gleichen Zinssätzen für alle Staaten, haben keine Rechtsgrundlage, verstoßen gegen Artikel 125 ("No-Bail-Out-Klausel") und sind aus CDU/CSU-Sicht ohne EU-Vertragsveränderungen nicht möglich. Sie verwischen die nationale Verantwortung und nehmen jeden Anreiz, solide Staatshaushalte zu bewahren. Deshalb werden meine Kollegen der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und ich uns auch weiterhin gegen eine Einführung von Eurobonds einsetzen. [Hier](#) finden Sie weitere Informationen zur Thematik.



mit herzlichen Grüßen
Elisabeth Jeggler

Elisabeth Jeggler MdEP
Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Anschrift Europäisches Parlament
Europäisches Parlament
Rue Wiertz – ASP 10E 209
B-1047 Brüssel

Tel. 0032 - 2 - 284 5351
Fax 0032 - 2 - 284 9351
elisabeth.jeggler@europarl.europa.eu

Anschrift Europabüro
Elisabeth Jeggler
Bahnhofstr. 8
D-88250 Weingarten

Tel. 0751 - 560 92 530
Fax 0751 - 560 92 550
kontakt@euroeggler.de

Elisabeth Jeggler,
Mitglied des Europäischen Parlaments